



X öffentlich      nicht öffentlich

Düsseldorf, 02.03.2026

**Ratsfraktion – Die Linke**

An die Vorsitzende des  
Ausschusses für Gesundheit und Soziales  
Antonia Margarete Frey

**Haushaltsantrag der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf zur Sitzung des  
AGS am 03.03.2026**

**Betrifft:**

Wiederherstellung und Stärkung der Mittel für den Gesundheitsschutz und die  
Gesundheitspflege (Produkt 4141401)

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

zur Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 03. März 2026 stellt  
Die Linke Ratsfraktion Düsseldorf folgenden Haushaltsantrag:

**Die Transferaufwendungen im Produkt 4141401 (Gesundheitsschutz und -  
pflege) werden für das Haushaltsjahr 2026 um 2.223.886 Euro von  
10.244.434 Euro auf 12.468.320 Euro erhöht. Damit wird das  
Finanzierungsniveau des Vorjahres 2025 wiederhergestellt. Die zusätzlichen  
Mittel sind insbesondere für Programme der Gesundheitsförderung bei  
Kindern und Jugendlichen sowie für präventive Maßnahmen im Kontext  
klimabedingter Gesundheitsrisiken einzusetzen.**

*Begründung:*

Der Haushaltsentwurf 2026 sieht eine drastische Reduzierung der Zuweisungen und  
Zuschüsse im Bereich Gesundheitsschutz von 12,5 Mio. Euro auf 10,2 Mio. Euro vor.  
Diese Kürzung um über 2,2 Mio. Euro erfolgt zu einem Zeitpunkt, zu dem sich der  
Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen, insbesondere in sozioökonomisch  
benachteiligten Familien, verschlechtert. Etwa 70 Prozent der jungen Menschen  
erreichen die Bewegungsempfehlungen nicht, zudem steigen psychische  
Auffälligkeiten und Adipositasraten.

Um diesem Trend entgegenzuwirken, ist eine fachlich fundierte Gesundheitsförderung an Schulen und Kitas zwingend erforderlich. Die vorgesehenen Mittel werden benötigt, um Konzepte wie eine „AG Ernährung und Gesundheit“ flächendeckend anzubieten und den Zugang zu gesundheitsfördernden Angeboten niedrigschwellig abzusichern.

Zusätzlich erfordert die Klimakrise eine Stärkung des kommunalen Gesundheitsschutzes, um auf steigende, klimabedingte Gesundheitsrisiken reagieren zu können. Eine Absenkung der Mittel unter das Vorjahresniveau gefährdet die notwendige Präventionsarbeit und widerspricht dem Grundsatz, dass Gesundheit ein Menschenrecht ist, das eine gut ausgestattete öffentliche Hand erfordert. Zur Aufrechterhaltung der sozialen Balance und der öffentlichen Daseinsvorsorge ist die Beibehaltung der bisherigen Finanzierungshöhe daher fachlich unumgänglich.

Freundliche Grüße

Matthias Poczatek

Renate Steinsberger

Cornelia Schlemper

F.d.R. Sönke Voigt

Thema	Produkt/ Maßnahme	Zeile	Konto	Haushaltsjahr			
				Beträge in EUR			
				Verbesserung (+)/ Verschlechterung (-)			
				2026	2027	2028	2029